

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang

Dresden, Sonnabend den 28. Mai 1932

Nummer 123

Hungernde dringen in ein Dresdner Lebensmittelgeschäft ein

## Arbeiter im Rheinland erschossen

Schüsse in Remscheid . Nazis morden in München-Gladbach . Zusammenstöße mit Polizei in Stettin  
Gaspisten provozieren Zusammenstoß mit der Polizei . Polizei auf Hamburger Stempelstellen

Dresden, 28. Mai 1932.

Wie wir kurz vor Redaktionsschluss erfahren, erschien heute vormittag ein Trupp Erwerbsloser in dem Lebensmittelgeschäft „Göringer“ am Freiburger Platz und forderte unter dem Rufe: „Wir haben Hunger!“ Lebensmittel. Die Verkäuferinnen nahmen sich dann verschiedene Lebensmittel ohne Bezahlung und verließen den Laden wieder. Vorher haben bereits über den Kampf der Reichs- und Wohlfahrtsverbände um die Auszahlung der vollen Lohnersatzung berichtet. Nach telefonischen Meldungen fanden heute früh die Wohlfahrtsempfänger das Rathaus in Dresden besetzt. Vor dem Gebäude sammelten sich dann die erregten Erwerbslosen und schickten unter Führung der kommunistischen Gemeindefraktion eine Delegation zum Bürgermeister, die nach einstündiger Verhandlung ohne Ergebnis zurückkam. Die Erregung steigerte sich noch weiter, als den Erwerbslosen mitgeteilt wurde, daß der Bürgermeister um 11.30 Uhr die Kasse schließen werde und wer bis dahin die gefürzte Unterstützung nicht abgeholt habe, dem werde nichts. Die Wohlfahrtsempfänger beschloßen, den Kampf bis zum Sieg weiter zu führen. Im Verlauf des Vormittags traf dann ein Ueberfallkommando aus Dresden ein.

### Zwei Tote in Köln

Köln, 28. Mai 1932. (Eig. Drahtbericht.)

Während der Nacht wurden in Köln Erwerbslosen Demonstrationen gehalten, in deren Verlauf die Polizei auf die Demonstranten schoss. Zwei Arbeiter wurden so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus kamen. Mehrere Arbeiter wurden in Schläge und Bajonettschläge verwundet. Dem Luftkammerpräsidenten gab ein Nazi, der einem Schupo die Pistole in die Hand rief und auf die Arbeiter schoss. Durch diesen Schuß des Nazis wurde ein Arbeiter verwundet. Reichs- und sozialdemokratische Arbeiter beteiligten sich an der Demonstration. Reichsbannerarbeiter, die von einer Polizeibrigade gefolgt wurden, liefen sich mit ihren Luftinstrumenten gegen die Polizei des SA-Platzes. In dem Verlauf der Kundgebungen wurden mehrere Fenster zertrümmert.

### Protestkundgebung gegen Naziüberfall

Drahtbericht, 27. Mai 1932

Die anerkundigte Ankunft des von den Nazis im Landtag beschlossenen Schmelzen- und Abzug hatte gestern Abend mehrere Hundert Arbeiter am Bahnhof versammelt. Da Genosse Gladbach durch die Schmelzen- und Abzug keine Zeit hatte, trat er in die Kundgebung ein und gab Schüsse auf Arbeiter ab. Der erwerbslose Arbeiter Paul Müller, der parteilos ist, erhielt einen Schuß durch die Brust, an dessen Folgen er bereits starb. Zwei Arbeiter wurden durch Steinwürfe schwer verletzt. Nach der Blutspende wurde die SA-Brigade durch die Empörung der Arbeiter und großer Teile des Mittelstandes ist ungeheuer.

### Arbeiter von Nazis erschossen

München-Gladbach, 28. Mai 1932. (Eig. Drahtb.)

Bei den Protestkundgebungen der Erwerbslosen gegen den Abzug der Unterhaltungsabgabe, die schon mehrere Tage dauern, kam es gestern vormittag vor dem Arbeitsamt zu Zusammenstößen mit provokierenden Nazis. Nachmittags kam eine bewaffnete Sturmabteilung der NSDAP in der Zahl von 50 Mann herausfordernd durch die Hindenburgstraße und gab Schüsse auf Arbeiter ab. Der erwerbslose Arbeiter Paul Müller, der parteilos ist, erhielt einen Schuß durch die Brust, an dessen Folgen er bereits starb. Zwei Arbeiter wurden durch Steinwürfe schwer verletzt. Nach der Blutspende wurde die SA-Brigade durch die Empörung der Arbeiter und großer Teile des Mittelstandes ist ungeheuer.

### Scharfe Schüsse in Remscheid

Gestern nachmittag und Abend demonstrierten an verschiedenen Stellen der Stadt die Erwerbslosen gegen die drohende Hungerkatastrophe. Mehrfach wurde die Polizei gegen die Demonstranten eingesetzt, wobei auch von der Polizei Schuss gelassen wurde. Von Seiten der Demonstranten wurden ebenfalls die Schüsse erwidert, wobei ein Beamter einen Stichfuß in die Hand bekommen haben soll.

### Polizei auf Hamburger Stempelstellen

Zeit heute früh sind sämtliche Hamburger Stempelstellen von einer riesigen Polizeiaufstellung besetzt. Eine von der Polizei bereits genehmigte Besammlung von Erwerbslosen wurde gestern nachmittag vor ihrer Öffnung

durch die Polizei aufgelöst. Auf den Hinweis, daß die Versammlung genehmigt sei, erklärte der befehlshabende Kommandant: „Dann bestimme ich, daß die Genehmigung zurückgezogen wird.“

### Aufruf zum Proteststreik

Die „Hamburger Volkszeitung“ ruft heute zum einstündigen Proteststreik für Sonnabend, dem Tag der Freizügigkeit des von der Polizei erschossenen Arbeiters Libera auf. Der Reichs- und Wohlfahrtsverbände fordert zum Zeichen des Protestes zum gleichen Tag die Durchsührung eines Stempelstreiks.

### Hungermarsch in Stettin

Heute vormittag gegen die Erwerbslosen in einer Demonstration nach der Innenstadt. Durch diesen Hungermarsch wurde in den schmalen Straßen der Innenstadt der Verkehr völlig blockiert. Mit dem Ruf „Wir haben Hunger!“ marschierten die Erwerbslosen. In mehreren Nebenstraßen wurden die Schaufenster eingeschlagen und die Erwerbslosen holten sich Lebensmittel.

In den Kämpfen der Arbeitlosen gegen Hunger und Notunterstützung, in den Kämpfen der Gesamtarbeiterschaft gegen den Terror der Nazis, die immer offensichtlicher den bankrotten Kapitalismus mit Dolch und Revolver gegen die Werkstätten verteidigen, formiert sich die rote Einheitsfront aller Ausgebeuteten gegen Lohn- und Unterhaltungsabbau. Diese rote Einheitsfront ist der erste Schritt zur Antifaschistischen Aktion gegen Faschismus und Kriegsvorkämpfer, zu der das Zentralkomitee der KPD die deutsche Arbeiterschaft aufruft.

### Gegen die verbrecherischen Angriffe der kriegslüsteren Bourgeoisie

## Berteidigt eure Partei, Proletarier!

Schwerindustrie und Börsenkapital fordern das Verbot der Kommunistischen Partei

Die schwerindustrielle „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 27. Mai benutzt den streichen heimtückischen Überfall der Nazi-Partei auf die Arbeiter in einer schamlosen Weise gegen die Kommunisten und der offenen Forderung, die Partei des revolutionären deutschen Proletariats zu verbieten. Die DAZ schreibt:

„Das hegerische Vorgehen der kommunistischen Agitation ist um so unüberwindlicher, als die Herren sich doch einmal überlegen müßten, daß in der Mehrzahl der europäischen Staaten eine kommunistische Partei im Parlament überhaupt nicht geduldet wird, weil die bürgerlichen Staaten ihren Tobleidern, zudem noch besessenen Herren einer anwachsenden Weltmacht, die Anwendung der bürgerlichen Freiheit verweigern. Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei gilt in vielen Ländern nicht als ein politischer, sondern nur als ein strafrechtlicher Tatbestand.“

Weiter legt das Blatt der schwerindustriellen Ausbeuter, daß „bis hier“ (!) die kommunistische Agitation kaum bekämpft wurde.

In daselbe Horn bläst die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das Organ der Stahlwerksindustriellen. In ihrer Nummer vom 26. Mai nimmt sie gleichfalls Stellung zu der Landtagsproposition der Nazis und steht folgenden Schluß:

„Wie immer man die Zukunft des Parlamentarismus überhaupt beurteilen mag, darüber kann kein Zweifel bestehen, daß solange die Grundbesitzer und Bourgeoisie einer fremden, revolutionären Macht deutsche Volkserwerbungen zu ihrer Verfügung anzuwenden können, dieses System zu einem offensichtlichen

## In bolschewistischer Einheit vorwärts!

Am 24. Mai tagte in Berlin das Plenum des Zentralkomitees der Partei. Die Tagung, an der die politischen Sekretäre der Bezirksleitungen der Partei teilnahmen, beschäftigte sich mit der gegenwärtigen Lage und den Aufgaben der Partei.

Das Plenum hielt Genosse Thälmann, der nach einer kurzen Analyse der Weltlage, wie sie sich im Hinblick auf die drei Wahlen dieses Frühjahrs auf Grund der allgemeinen Verschärfung der Krise ergeben hat, die Schlussfolgerungen für die Politik der Partei und der gesamten revolutionären Bewegung zog. Gen. Thälmann zeigte auf, daß sich in Deutschland eine kommunistisch-nationalistische Welle von außerordentlichem Ausmaß ergibt, die ihren Ausdruck im Anwachsen der Hitlerpartei findet und für die revolutionäre Bewegung die Konsequenz des verhängnisvollen Abwehrkampfes und der noch einschüchternden Gegenoffensive bedeutet. Gen. Thälmann forderte die Partei auf, die nationalistische Welle und Demagogie des Hitlerfaschismus muß die Partei viel entschlossener auf der Linie des Freiheitsprogramms und der Deklaration des Zentralkomitees zur Reparationsfrage die Rolle der KPD als einzige wirkliche gegen Versailles kämpfende Partei darstellen.

Wenn man diese nationalistische Welle, mit deren Hilfe es der Bourgeoisie gelungen ist, breite Massenmächten vom Kampf gegen das kapitalistische System abzuwenden, in Betracht zieht, muß man feststellen, daß die Partei diesem Anturum harte Widerstandsarbeit entgegenzusetzen hat. Das heißt keineswegs die notwendige Feststellung der Partei auf; daß es uns nicht gelungen ist, die in den abgeleiteten Bedingungen gegebenen Möglichkeiten revolutionärer Tätigkeit in vollem Ausmaß auszunutzen. Die Partei muß vielmehr in christlicher Selbstkritik sich darüber Rechenschaft geben, daß auf den wichtigsten Gebieten der revolutionären Weltarbeit erhebliche Schwächen bestehen, die liquidiert werden müssen.

Es handelt sich hierbei keineswegs um eine Abrechnung, sondern gerade um eine noch schärfer durchgeführte unter politischer Linie und der prinzipiellen Kampflinie der Partei. Die Beschlüsse des Zentralkomitees vom 24. Mai sind von

Schandal, in zu einer Gefahr wird. Aus dieser Erkenntnis muss den sehr bald die selbstverständlichen Folgerungen gezogen werden müssen.“

Gleich der Berichterstatter über den Landtagsüberfall muß auch hier festgestellt werden, daß die Zeitungen des Finanz- und Industriekapitals einheitlich dieselben Forderungen stellen. Das ist das politische Kapital, das aus der vorbereiteten Aktion im Preußen-Landtag geschlagen werden soll. Das deutsche Finanzkapital schiedt keine Kapitulation im Parlament vor, um im Hinblick darauf ein gezieltes Vorgehen gegen die Partei der Arbeiterschaft, eine konzentrierte Verbotsoffensive zu ermöglichen.

Angesichts des Hungers und der grenzenlosen Not, angesichts des Bankrotts des kapitalistischen Systems leben die Kruppe, Thälmann, die Kohlenbarone, Ferienjobber und Junker, die deutschen Aristokratie der Versailles Räuberherrschaft ihren letzten Ausweg im faschistischen Plutokratie, im Verbot der kommunistischen Partei. Mit dieser Forderung verbinden die Organe der Schwerindustrie eine propagandistische Kampfbewegung gegen die Sowjetunion, gegen das einzige Land, in dem es keine Krise gibt, in dem alle Weltbürger Arbeit, Freiheit und Brot haben.

Der freche Angriff der faschistischen Ausbeuterfront auf die kommunistische Partei und auf die Sowjetunion, das Vaterland des Weltproletariats, muß für die werktätigen Massen in Stadt und Land ein Warnsignal sein. Fortwärts durch Antifaschistische Aktion zum Sturmangriff gegen die faschistische Kapitaloffensive! Fortwärts in einer Einheitsfront zur sozialen und nationalen Befreiung Deutschlands!